

Antragsbereich E / **Antrag E1**

**AntragstellerInnen:** Jusos Oberbayern

**E1: Flucht und Asyl, aber sicher!**

**Adressat\*innen:**

Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos

5

Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskongress der Jusos,

10

Unterbezirksparteitag SPD München, Bezirksparteitag SPD Oberbayern, Landesparteitag

15

SPD Bayern, SPD Bundesparteitag

20

Wir verurteilen den Kompromiss, den der EU-  
25 Ministerrat zur weiteren Verschärfung von

Asylverfahren in Europa beschlossen hat. Wir sind  
30 wütend auf die sozialdemokratischen

Mitglieder der Bundesregierung, die eine solche  
35 Entscheidung – mal wieder begründet

mit vermeintlicher Notwendigkeit und Alternativlo-  
40 sigkeit – mittragen. Der Kompromiss

ist Ausdruck eines Rechtsrucks in Europa und stellt  
45 eine Verschlechterung für

Geflüchtete dar.  
50

55 Konkret kritisieren wir insbesondere die Schnellver-  
fahren an den EU-Außengrenzen:

60 Schon heute gibt es keine einheitliche rechtliche  
Situation noch einheitliche

65 Standards in allen Staaten der EU zur Prüfung auf Asyl. Viele Bescheide des BAMFs

70 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden von Gerichten revidiert. Es ist zu

75 erwarten, dass die Prüfungen an den Außengrenzen in vielen Fällen zum Nachteil der

80 Asylsuchenden ausgehen. Darüber hinaus ist die Unterbringung in Lagern an der

85 Außengrenze haftähnlich, wenn die Geflüchteten diese nicht in Richtung der EU

90 verlassen dürfen. Von der Flucht oftmals traumatisiert, sind Geflüchtete damit für

95 Hilfsorganisationen schwer zugänglich. Dies als Verbesserung der Situation

100 darzustellen ist zynisch und unangemessen.

105

Ohne eine diplomatische Lösung und Suche nach einem Gespräch mit den Staaten in West

110

und Zentralafrika, ist auch die Idee eines schnellen Asylverfahrens an den EU Grenzen

115

bereits jetzt zum Scheitern verurteilt, wenn die Menschen, die Asyl nicht bekommen,

120

nicht zurückreisen können. Die sichere Rückreise ist in dem Fall nicht möglich, weil

125

es keine Einigung mit den Herkunftsländern und Transferländern (wie die des

130

Westbalkans) gibt. Dies wird nur zu ähnlich elenden Zuständen wie in Moria führen.

135

Unabhängig davon sieht der Kompromiss vor, dass bei abgelehnten Asylanträgen auch

140

eine Abschiebung in Drittstaaten möglich sein soll. Hierfür sollen Abkommen mit

145

vermeintlich sicheren Drittstaaten geschlossen werden, Abschiebungen werden damit

150

erleichtert und wahrscheinlicher und gleichzeitig unsicherer und gefährlicher.

155

160 Das Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht. Basierend auf der Herkunft, die

165 Erfolgswahrscheinlichkeit zu beurteilen, widerspricht  
der Idee, jede individuelle

170 Situation einzeln zu prüfen.

175  
Der Aussage der Bundesregierung, dass dies für  
Geflüchtete aus Syrien oder

180  
Afghanistan nicht gilt, wird von vielen NGOs wider-  
sprochen: Wenn Menschen über

185  
sichere Drittstaaten fliehen – was fast immer der Fall  
ist – können die

190  
Mitgliedstaaten laut dem Text des Kompromisses  
entscheiden, diese Menschen in die

195  
Grenzverfahren aufzunehmen.

200 Hochproblematisch ist auch, dass die Definition  
sicherer Drittstaaten zukünftig in

205 die Entscheidungsmacht der Nationalstaaten überge-  
hen soll. Das wird zur Folge haben,

210 dass gerade die Staaten an den EU-Außengrenzen  
Probleme in den Drittstaaten

215 ignorieren und diese als "sicher" deklarieren werden,  
um Asylsuchende in die

220 Grenzverfahren zu bringen und um sie im Zweifel  
auch in Transitländer abschieben zu

225 können

230

Auch der hochgepriesene Verteilungsschlüssel inner-  
halb der EU läuft ins Leere, wenn

235

sich einzelne Mitgliedstaaten freikaufen können.  
Durch die Ausgleichszahlungen wird

240

die Nicht-Unterbringung von Geflüchteten zum  
marktwirtschaftlichen Gut innerhalb der

245

Europäischen Union.

250

Unabhängig von den konkreten Problemen des Kom-  
promisses ist es vor allem die

255

generelle ideologische Ausrichtung, die ihm zugrunde  
liegt, die höchst problematisch

260

ist: Der Beschluss des Ministerrats verstärkt die  
Festung Europa und trägt zu einer

265

weiteren Abschottung bei. Flucht wird weiterhin kriminalisiert, das Sterben im

270

Mittelmeer findet weiterhin kein Ende und Fluchtrouten werden weiterhin unsicher

275

bleiben.

280

Den Anstieg der rechts-populistischen Parteien in der EU unterbindet man nicht, indem

285

man die Politik und Rhetorik dieser Parteien in den eigenen Beschlüssen und Reformen

290

umsetzt. Es schleicht sich der Eindruck ein, dass die Regierungen unbedingt eine

295

Reform vor der nächsten Europawahl umsetzen möchten, damit man in einem Jahr sagen

300

kann, man hätte die Anzahl der Asylsuchender ge-  
senkt – aber um welchen Preis? Um den

305

Preis, dass man mit dem Leben der Tausenden von  
Menschen pokert und die eigene

310

„Werte“ und Rechtsprinzipien für nichtig erklärt. Das  
höchste Ziel der Regierungen

315

der EU und der Institutionen der EU, um ihre so ge-  
nannten humanistischen Werte wieder

320

glaubwürdig zu machen, sollte ein Vision Zero (Null  
Tote an den EU-Grenzen) für das

325

Mittelmeer und eigene Grenzen sein.

330

Unsere Asylpolitik muss auch einen besonderen

335 Fokus auf den Schutz der Kinderrechte

haben. Kinder erleben in den Krisen Traumatisierung  
340 und verlieren ihre

Lebensgrundlage. Mit der UN-  
345 Kinderrechtskonvention haben sich fast alle Staaten

weltweit auf den Schutz von Kindern geeinigt. Aus  
350 diesem Grund ist es mehr als

wichtig dass die Mitgliedsstaaten der EU sich für den  
355 Schutz der Kinder, besonders

auf ihren Grenzen einsetzen, die internationale Ver-  
360 einbarungen einhalten und die

finanziellen Mindeststandards für die Humanitäre  
365 Missionen für Kinderschutz sichern

(der Bedarf ist weltweit nur zu 43% gedeckt).

370

375 Wir fordern die Mitglieder des Europäischen Parla-  
ments und die Bundesregierung auf,

380 sich im anstehenden Trilog gegen die Ratifizierung  
dieses Kompromisses einzusetzen.

385 Außerdem fordern wir konkret:

- Das Recht auf Asyl muss individuell geprüft wer-  
den, die Herkunft darf dabei

390 keine Rolle spielen

- Keine Lager an den Außengrenzen
- Keine Abschiebung in Drittstaaten

395

- Strenge Prüfungen der Anerkennung von Staaten  
als sichere Drittstaaten und

400

Entscheidungen darüber gemeinsam in der Euro-  
päischen Union

- Eine faire Verteilung in Europa, aus der sich nie-

mand freikaufen kann

- 405 • Es braucht endlich sichere Fluchtrouten sowohl über Land als auch über Wasser.

Das Sterben muss endlich ein Ende haben. Die von der Bundesregierung

410

bereitgestellten Mittel müssen endlich an Initiativen der privaten Seenotrettung

fließen.

415